



Antrag Nr. VI-A-03961

Status: öffentlich

Beratungsfolge:

Gremium	Termin	Zuständigkeit
FA Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule		Vorberatung
Jugendhilfeausschuss		Vorberatung
FA Finanzen		Vorberatung
FA Stadtentwicklung und Bau		Vorberatung
FA Wirtschaft und Arbeit		Vorberatung
Ratsversammlung	12.04.2017	1. Lesung

Eingereicht von
Fraktion DIE LINKE

Betreff

Kita-Bauprogramm beschleunigen

Beschlussvorschlag:

1. Es wird eine schnelle Entscheidergruppe (Task Force) aus den Bereichen der Dezernate Finanzen, Jugend/Soziales/Gesundheit und Schule, Stadtentwicklung und Bau sowie Wirtschaft gebildet, welche den Prozess der Schaffung neuer Kindertagesstättenplätze beschleunigt.
2. Es wird ein Maßnahmenplan erarbeitet, um zusätzliche Plätze an vorhandenen Einrichtungen zu schaffen.
3. Es werden Festlegungen getroffen, um zu erreichen, dass die neu eröffneten Kindertagesstätten spätestens nach einem halben Jahr ihre volle Auslastung erreicht haben.
Über den Stand der Auslastung wird der Stadtrat halbjährlich (sechs und zwölf Monate nach Eröffnung) informiert.

Sachverhalt:

Das Leipziger Kita-Bauprogramm ist in der Tat ins Stocken geraten. Wurden z. B. 2015 19 Maßnahmen (Neubau, Sanierung, Erweiterung) umgesetzt, so waren es 2016 lediglich elf Maßnahmen und 2017 werden es - wenn alles gut läuft - höchstens zehn Maßnahmen sein. Damit kann dem zunehmenden Bedarf an Kitaplätzen weiterhin nicht entsprochen werden. Viele Eltern

können ihren Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertagesstätte trotz intensiver Suche nicht in Anspruch nehmen.

Um die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Dezernatsbereichen zu verbessern und so die Planungs- und Bauprozesse zu beschleunigen, sollte nach dem Vorbild der Task Force-Schulen auch für den Bereich Kindertagesstätten eine schnelle Entscheidergruppe gebildet werden.

Entsprechend aktueller Bedarfsplanungen müssen kurzfristig, unabhängig von den Baumaßnahmen, mindestens 1.700 Plätze geschaffen werden, um den ermittelten Platzbedarf einigermaßen zu decken. Wie das gelingen soll, ist gegenwärtig nicht ersichtlich. Dem Stadtrat ist deshalb ein konkretisierter Maßnahmenplan vorzulegen.